

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 59 (1967)
Heft: 9

Artikel: Gewerkschaften im Osten : Tabus fallen
Autor: Schläppi, B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaften im Osten: Tabus fallen

Mit dem 1. Januar 1968 werden nun auch in Ungarn die Wirtschaftsreformen in Kraft treten. Sie sind wohl die Ursache dafür, daß in der letzten Zeit in Budapest eine heftige Diskussion über eine neue Standortbestimmung der Gewerkschaften entbrannt ist, hat es sich doch in Osteuropa gezeigt, daß mit der Verselbständigung der Unternehmen die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern erneut aufgeflackert sind. Damit haben sich die kommunistischen Ideologen also jahrelang einer Illusion hingegen, wonach die Verstaatlichung der Produktionsmittel automatisch die Antagonismen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auslösche. Und wie in Ungarn, so auch in Polen und der Tschechoslowakei beginnt man sich erneut an die traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften zu erinnern und dementsprechend ihren Wirkungskreis neu zu bestimmen.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, daß das Zentralkomitee der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns die orthodoxe Aufgabe aller Ostblock-Gewerkschaften, die Arbeiter zu erhöhter Leistung und schärferem Arbeitswettbewerb anzuspornen, in ihrer Bedeutung mehr und mehr vom ersten Platz verdrängte. Wenig später präzisierte der Generalsekretär der Gewerkschaften, Sandor Gaspar, welche neuen Aufgaben und Kompetenzen seinen syndikalistischen Brigaden zuwachsen sollen.

Noch zu Beginn dieses Monats haben Spitzengewerkschafter und der Ministerrat «das Verhältnis zwischen den staatlichen Stellen und den Gewerkschaften» neu definiert. Bereits die geplante Trennung von staatlichen und gewerkschaftlichen Funktionen bedeutet eine grundlegende Reform. Gleichzeitig aber soll auch die betriebliche Mitbestimmung entscheidend ausgedehnt werden. So wird die Ernennung, Bestätigung und Abberufung der Betriebsdirektoren künftig auch vom Votum der Belegschaft abhängig sein.

Immer wieder wird in amtlichen Verlautbarungen betont, daß die Gewerkschaften gegenüber den staatlichen Instanzen die Interessen der Arbeiter mit größerem Eifer zu vertreten haben. In bestimmten – allerdings genau abgegrenzten – Fällen werden die Gewerkschaften ihre Ansichten auch dann lautvernehmlich und in aller Öffentlichkeit kundtun dürfen, wenn sie den Vorstellungen staatlicher Behörden widersprechen.

Das neue Programm, das im einzelnen indessen noch nicht zu Ende besprochen ist, muß im größeren Rahmen der ebenfalls geplanten, allgemeinen Wirtschaftsreform analysiert und dann gewertet werden. Unter dem Zwang der ökonomischen Realitäten ist die politische Führung Ungarns gesonnen, den Chefs der staatlichen Betriebe einen größeren Spielraum, vermehrte Aktivität und Autorität einzuräumen. Das aber heißt: Mehr Macht.

Die Vermutung liegt daher nahe, daß die KPU nun auf die Syndikate zurückgreift, um so gegenüber der gestärkten Wirtschaftsbürokratie das soziale und politische Gegengewicht zu erhalten. Denn Führung und Kontrolle durch die Partei wird entschieden leichter, wenn die Betriebsdirektoren ständig von den Argusaugen der eigenen Belegschaft beobachtet werden.

Entscheidend gewandelt haben sich die Gewerkschaften auch in der Tschechoslowakei. Im Zeichen der sich verändernden Wirtschaftsstruktur sind sie heute gezwungen, ihren Standpunkt neu zu überdenken. Auf dem letzten Allgewerkschaftskongreß Ende Januar in Prag wurden aufsehenerregende Beschlüsse gefaßt. Die Funktionäre beerdigten in aller Stille ein Dogma: Sie gaben offen und unumwunden zu, daß es auch in einem kommunistischen Staat zu Streiks kommen könne und auch innerhalb der kommunistischen Gesellschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer natürliche Gegensätze bestehen können. Sie haben eingesehen, daß die Leitung eines verselbständigten sozialistischen Betriebes, der nach den Gesichtspunkten des neuen ökonomischen Modells arbeitet und wieder die Gesetze von Angebot und Nachfrage zu beachten hat, nicht unbedingt die gleichen Interessen vertreten muß wie ihre Belegschaft.

Beginnen sich die Gewerkschaften in Osteuropa wieder auf ihre traditionellen Aufgaben zurückzubedenken? Die letzten Diskussionen im polnischen ZK beweisen, daß auch in Polen in der Gewerkschaftspolitik neue Pfade eingeschlagen werden sollen. In Jugoslawien ist der erste Schritt dazu schon längst gemacht worden. Es steht mit seiner Arbeiterselbstverwaltung beispiellos da. Die Jugoslawen haben als erste eingesehen, daß die Demokratisierung des Wirtschaftsapparates nur dann realisiert werden kann, wenn den Arbeitern das Mitspracherecht in den Betrieben zugebilligt wird. Dieses Mitspracherecht geht sehr weit. Der Arbeiterrat kann über die Finanzierung der Produktion, die Produktionsgestaltung und Personalfragen mitbestimmen. Er kann sogar einer ihm ungenehmen Direktion den Arbeitsvertrag aufkünden.

Nur weist die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien auch ihre bestimmten Schwächen und Nachteile auf. Sie werden um so augenfälliger, je mehr sich die Wirtschaft den neusten technologischen und marktwirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen hat. Die Kritik an der Arbeiterselbstverwaltung konzentriert sich darauf, zu beweisen, daß die Großzahl der jugoslawischen Werktätigen heute noch nicht die politische, fachtechnische und vor allem ökonomische Ausbildung besitze, um den zeitgemäßen politischen Aufgaben im allgemeinen und den speziellen Anforderungen, welche die Leitung der Betriebe erfordert, gewachsen zu sein. Noch immer sind rund 70 Prozent aller Arbeiter und Angestellten nicht völlig mit dem industriellen Milieu verwachsen. Wohl arbeiten sie in einer Fabrik, leben aber auf dem Lande. Ihre Lebensweise und Weltanschauung wird nach wie

vor durch das Dorf geprägt. Gerade die dörfliche Umgebung und Tradition ist aber eine schwer zu überspringende Hürde, will man die Arbeiterschaft für die Aufgaben und Pflichten innerhalb der Arbeiterselbstverwaltung interessieren. Auch muß – nach der Ansicht jugoslawischer und anderer östlicher Soziologen – die natürliche Kontradiktion zwischen den Gewerkschaften und dem Staat, die ja gerade in der Ära Stalins nicht existieren durfte, erst wieder gefunden werden. Und die Arbeits- und Lohnkonflikte sind ja erst mit den jetzigen Wirtschaftsreformen aufgetaucht. So darf man sich nicht wundern, wenn die Arbeiterräte mangels politischer Bildung und Erziehung keine Erfahrung besitzen und Fehler und Irrtümer begehen, die dem System der Selbstverwaltung nur schaden. Gerade die tschechischen Reformer wollen den oben geschilderten Erscheinungen tunlichst aus dem Wege gehen. Sie postulieren die Einrichtung von Trusts, die sich aus Vertretern der Banken, der Planung, der Betriebe, der Gewerkschaften und Betriebsräte sowie der Konsumentenorganisationen zusammensetzen. In diesen Organen sollen dann die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme behandelt und die Perspektiven ausgearbeitet werden. Die Produktion in den Betrieben soll nicht durch zu lautstark politisierende Arbeiterräte gestört und beeinträchtigt werden.

B. Schläppi, Zürich

Zeitschriften-Rundschau

Soziale Herkunft und Bildungschancen

Nicht viel mehr als fünf Prozent der schweizerischen Studenten stammen aus der Arbeiterschaft, obwohl diese 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das heißt somit, daß Arbeiterkinder zehnmal geringere Chancen haben, einen akademischen Beruf zu ergreifen, als die Kinder aus anderen Bevölkerungsschichten. Seit Beginn der organisierten Arbeiterbewegung versucht man, diesem Mißstand abzuhelpen. Im Kampf um Stipendien und Studienerleichterungen konnten im Verlaufe der Jahrzehnte die Vertreter der Gewerkschaften wie auch der Sozialdemokratie einige erfreuliche Erfolge buchen. Doch trotz finanzieller Unterstützung nahm die Zahl der Arbeiterstudenten nur sehr bescheiden zu (in Deutschland, wo ähnliche Verhältnisse wie bei uns herrschen, stieg sie innert 70 Jahren von 0,1 auf 5,9 Prozent). In der «Schweizerischen Lehrerzeitung» (Nr. 27/28) setzt sich nun Jacques Vontobel vom Institut für Arbeitspsycho-

logie der ETH unter dem Titel «Soziale Herkunft und Bildungschancen» mit einer mehr psychologischen Seite des Problems auseinander. Große Aufmerksamkeit schenkt er in seiner ausgezeichneten Arbeit den Milieufaktoren, so unter anderem dem Problem der sprachlichen Gewandtheit. Erwiesenermaßen bringt ein Kind aus Akademikerkreisen ein wesentlich besseres Rüstzeug mit als ein Arbeiterkind, was natürlich für jenes einen nicht zu unterschätzenden Vorteil bedeutet. Vontobels Aufsatz sollte von all jenen gelesen werden, die daran interessiert sind, daß endlich für alle Kinder die gleichen Bildungschancen geschaffen werden. Doch hat dies nur dann einen Sinn, wenn sich jeder Leser Gedanken darüber macht, wie man diese hemmenden Faktoren des Milieus ausmerzen könnte¹.

¹ Siehe Jean-Claude Eberhard: «Les facteurs sociaux de la carrière scolaire», publications de l'Union syndicale suisse, 1961, 114 Seiten.